

Wie groß ist dein ARMUTSSCHATTEN?

Armutsgefährdung mitten unter uns

Eine gemeinsame Kampagne der SoVD Landesverbände Niedersachsen,
Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein

Unsere Positionen

Immer mehr Menschen leben in Armut oder sind davon betroffen. Um etwas dagegen zu tun, muss die Politik endlich handeln. Mit unserer Kampagne weisen wir auf das Problem hin und machen die Gefährdung sichtbar. Denn: Betroffene brauchen dringend unserer Unterstützung.

www.armutsschatten.de

Armutsschatten – was ist das?



- Der „Armutsschatten“ zeigt das individuelle Risiko auf, im Laufe seines Lebens arm zu sein, zu werden oder schon in Armut aufzuwachsen. Phasen von Erwerbslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit innerhalb der Erwerbsbiographie verlängern den Armutsschatten und führen oftmals zu Altersarmut. Andere Merkmale wie das Geschlecht, das Aufwachsen in einer Familie mit nur einem Elternteil oder eine Behinderung erhöhen das Armutsrisiko sogar noch stärker, verbreitern also den Armutsschatten. Neben diesen individuellen Merkmalen treten vermehrt auch gesellschaftliche Entwicklungen, wie der Mangel an bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum und die Entwicklungen im Pflegesystem, in welchem mittlerweile statt menschenwürdiger Pflege Profitmaximierung im Fokus steht.
- Die bundesweite SoVD-Kampagne „Armutsschatten“, an der sich der SoVD Schleswig-Holstein beteiligt, will die Aufmerksamkeit für verschiedene Armutsrisiken schärfen und vor Augen führen, dass das jetzt noch als gering wahrgenommene Risiko im Fall von Pflegebedürftigkeit oder im Alter schnell eine sehr reale Bedrohung werden kann. Insofern ist der Armutsschatten nicht nur etwas, das jede und jeder mit sich herumträgt, sondern dieser Schatten wird auch in die Zukunft geworfen, wenn die Politik sich dem Thema Armut nicht deutlich mehr als bisher annimmt.

Arbeit, Beschäftigung und Erwerbslosigkeit



- Arbeit schützt schon lange nicht mehr vor Armut und Deutschland hat im europäischen Vergleich einen großen Niedriglohnsektor. 12 % aller Beschäftigten in der Bundesrepublik sind befristet beschäftigt, als Leiharbeiter*innen angestellt oder haben einen Minijob. In Schleswig-Holstein sind fast ein Viertel aller Beschäftigten im Niedriglohnbereich tätig. Niedriglöhne und in noch viel größerem Maße Erwerbslosigkeit führen zwangsläufig zu Altersarmut.
- Der SoVD fordert eine Beseitigung des Niedriglohnsektors. Werkverträge, geringfügige Beschäftigung und sachgrundlose Befristungen müssen verschwinden. Der Mindestlohn muss umgehend auf 13,- Euro angehoben werden, um eine gesellschaftliche Teilhabe für Alle zu ermöglichen. Die hohe Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnbereich führt auch dazu, dass im Fall eines Jobverlusts für Viele unmittelbar der Absturz in die Armut droht. Aus diesem Grund müssen die Bezugszeiten für das Arbeitslosengeld I dringend erweitert werden.

Kinderarmut ist Familienarmut



- In einem der reichsten Länder der Erde muss immer noch jedes fünfte Kind in Armut aufwachsen. 2,8 Millionen Kinder in Deutschland leben in Haushalten, in denen es oft am nötigsten fehlt. Selbst ein Kino- oder Schwimmbadbesuch stellt eine kaum zu stemmende Zusatzausgabe dar, wenn nach Abzug von Miete und Nebenkosten nur noch wenig Geld für Ernährung und Kleidung verbleibt. Besonders hoch ist das Risiko für Alleinerziehende und Familien mit mehr als drei Kindern. Und es ist schlimmer geworden: Alleinerziehende mit drei Kindern haben in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Jahr 2013 ein um 15% höheres Armutsrisiko, das bei mittlerweile 60,7% liegt. Die pauschale Ansetzung von vermeintlich niedrigeren Bedarfen von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von ALG 2 ist ein Skandal und verschärft die Armutslagen gerade von Alleinerziehenden noch einmal mehr.
- Der SoVD fordert eine den Realitäten entsprechende Berechnung der tatsächlichen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen und die Einführung einer Kindergrundsicherung. Familien- und Kinderleistungen müssen in einer zentralen Stelle gebündelt werden. Eltern können nur dann erwerbstätig sein, wenn sie ihre Kinder sicher betreut wissen. Beim Ausbau der Ganztagesbetreuung darf nicht nachgelassen werden. 20 Jahre nach dem PISA-Schock entscheidet die soziale Herkunft immer noch überproportional über den Bildungserfolg. Nur wenig ist hier passiert. Wir fordern ein Bildungssystem, in dem Chancengleichheit herrscht!

Frauenarmut



- Die Armut von Frauen hat viele Facetten. Wenn Frauen in Deutschland dreimal häufiger in Teilzeit arbeiten als Männer, ist es kein Wunder, dass ihre Rentenansprüche deutlich geringer ausfallen. Die Erziehung von Kindern, ob alleinerziehend oder nicht, führt immer noch dazu, dass Frauen in ihrem Leben doppelt so lang ohne bezahlte Arbeit sind wie Männer. Auch die Pflege von Angehörigen stellt für Frauen oftmals ein Armutsrisiko dar. Care-Arbeit – dies hat insbesondere die Pandemie gezeigt – darf nicht länger vor allem an Frauen hängenbleiben.
- Der SoVD setzt sich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für eine Aufwertung von vermeintlichen „Frauenberufen“ ein. Der Staat muss darüber hinaus die Rahmenbedingungen schaffen, mit denen die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf sichergestellt wird.

Pflege darf kein Armutsrisiko sein



- Gute Versorgung im Fall von Pflegebedürftigkeit ist eine der vordringlichsten gesellschaftlichen Aufgaben. Die Löhne von Pflegekräften sind noch immer viel zu niedrig in Anbetracht der Schwere der Tätigkeit und der sozialen Bedeutung. Gleichzeitig steigen die Eigenanteile für Pflegebedürftige stetig und die Kosten der Pflege gehen oftmals über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Einzelnen hinaus. Somit stellt Pflegebedürftigkeit ein bedeutsames Armutsrisiko dar.
- Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist eine umfassende Pflegereform notwendig, bei der die Finanzierung der Pflegeversicherung auf eine solide Grundlage gestellt wird und sukzessive zur Vollversicherung ausgebaut wird, die das gesamte Pflegerisiko auffängt. Daneben müssen Pflegeleistungen von Angehörigen finanziell deutlich stärker anerkannt werden.

Altersarmut



- Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt in den letzten Jahren stetig und wird dies auch weiterhin tun. In Schleswig-Holstein ist mittlerweile jede*r Vierte über 65 Jahre alt. Von Altersarmut betroffen sind hierbei besonders Frauen und mit zunehmendem Alter steigt für sie das Armutsrisiko immer weiter.
- Die Einführung der Grundrente war ein Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt muss aber auch das Rentenniveau wieder auf mindestens 53% angehoben werden um der Altersarmut dauerhaft entgegenzuwirken. Einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters stellen wir uns konsequent entgegen. Die Rente mit 68 wäre für die meisten Menschen in Wahrheit eine Rentenkürzung. Schon im letzten Jahr haben mehr als die Hälfte aller neuen Rentner*innen maximal bis zum Alter von 64 Jahren gearbeitet.
- Die Rentenversicherung in ihrer bisherigen Form muss eine Erwerbstätigenversicherung werden, in die auch Selbstständige und Beamt*innen einzahlen.

Gutes Wohnen – bezahlbar und barrierefrei



- Wohnen wird in den Städten und Ballungsräumen zunehmend zum Problem. Steigende Mieten fressen besonders bei Menschen mit geringem Einkommen einen immer größeren Teil des Haushaltsbudgets. Die Zahl der Sozialwohnungen ist hingegen seit Jahren rückläufig. Aktuell liegt der Bestand bundesweit bei nur noch 1,14 Millionen Wohnungen und es werden in den nächsten Jahren voraussichtlich sogar noch weniger, weil die Sozialbindung bei vielen schon gebauten Wohnungen demnächst entfallen wird.
- Wohnen ist aber ein Bürgerrecht und darf deshalb nicht weiter zum Armutsrisiko werden. Vielmehr ist die Sicherstellung von ausreichendem, bezahlbarem und den Bedürfnissen der Bevölkerung angemessenem Wohnraum eine Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge. Noch immer ist die Zahl der barrierefreien Wohnungen viel zu gering. Dabei ist schon lange klar, dass der Bedarf auch in Zukunft steigen wird. Die Schaffung von Wohnraum muss in viel stärkerem Maße als bisher in den Fokus der Politik rücken und der Wohnungsmarkt darf nicht weiter den Gewinninteressen der Wohnungskonzerne ausgeliefert werden.

Armutsrisiko Behinderung



- Für Menschen mit Behinderung ist das Armutsrisiko noch deutlich größer. Menschen mit Behinderung sind deutlich häufiger und auch länger arbeitslos. Gleichzeitig verdienen sie oftmals weniger, obwohl ihr Aufwand für die gesellschaftliche Teilhabe deutlich höher ist. Für diejenigen, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, gilt dies umso mehr, da ihre Bezahlung vollständig vom allgemeinen Mindestlohn abgekoppelt ist. Junge Menschen mit Behinderung haben zudem häufig Schwierigkeiten, einen angemessenen Ausbildungsplatz zu finden.
- Der SoVD setzt sich deshalb für eine Verdoppelung der Ausgleichsabgabe für diejenigen Betriebe ein, die sich bislang weigern, Menschen mit Behinderungen in angemessener Zahl einzustellen. Gleichzeitig fordern wir eine Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 6%. Die Möglichkeiten zur betrieblichen Ausbildung für junge Menschen mit Behinderung müssen dringend verbessert werden.

Mehr Aufmerksamkeit für das Armutsproblem



- Das Risiko, arm zu sein oder es in einer bestimmten Lebensphase zu werden, ist gesamtgesellschaftlich höchst ungleich verteilt. Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Pflegebedürftige und ältere Menschen sind viel häufiger dem Risiko ausgesetzt, in Armutslagen zu geraten. Gleichzeitig steigt seit Jahren auch die Zahl derjenigen, die im Laufe ihres Erwerbslebens zumindest Phasen der Armut erleiden müssen. Steigende Mieten besonders in den Städten sorgen darüber hinaus dafür, dass auch das Armutsrisiko für Erwerbstätige steigt. Es ist Zeit, dem Thema Armut mehr politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu widmen. Auch gerade weil die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren deutlich auseinandergegangen ist, muss dringend ein Ausgleich geschaffen werden. Nach dem Prinzip „Starke Schultern tragen mehr als schwache“ muss die Steuerpolitik insgesamt neu ausgerichtet werden. Schließlich richten wir an das Land Schleswig-Holstein die Forderung, dass es eine regelmäßige Armutsberichterstattung sicher stellt, damit ein klares Bild über die Armutsentwicklung gezeichnet werden kann.